

Trennung von Zumthor – Was nun?

NEUORIENTIERUNG FÜR DIE TOPOGRAPHIE DES TERRORS

Stefanie Endlich

Im März 1993 wurde der Bauwettbewerb für das Dokumentationszentrum »Topographie des Terrors« entschieden. Die Jury empfahl die Ausführung des Entwurfs von Peter Zumthor. Der Schweizer Architekt war kurz zuvor durch ungewöhnliche Bauwerke aus Holz international bekannt geworden.

Im Jahr 2004, elf Jahre danach, ist der Bau immer noch nicht realisiert. In wesentlich kürzerer Zeit entstand am Potsdamer Platz, wenige Schritte von der »Topographie« entfernt, ein ganzes Hochhausquartier. Die Querelen um dieses Neubauprojekt haben der Stiftung »Topographie des Terrors« schweren Schaden zugefügt, denn ihr Name wird seit Jahren in der Öffentlichkeit vor allem mit der Baukrise und weniger mit ihrer wichtigen und international anerkannten inhaltlichen Arbeit in Verbindung gebracht.

Als der Bauwettbewerb 1993 für Zumthor entschieden wurde, hatte man soeben den Grundstein für den Bau des Jüdischen Museum Berlin gelegt. Probleme mit Daniel Libeskind's provokantem Entwurf hatten auch hier zunächst zu einer Verzögerung geführt; nach der Wettbewerbsentscheidung 1989 galt das zickzackförmige Gebäude mit seinen schrägen Wänden und Böden – die später in weniger extremer Form realisiert wurden – sogar als unbaubar. Sechs Jahre dauerte die Fertigstellung des Rohbaus, der in leerem Zustand bereits rund 350 000 Besucher anzog. 2001 wurde die Dauerausstellung eingeweiht. Das »Denkmal für die ermordeten Juden Europas« war 1993 gerade erst von Bund und Land Berlin als Bauprojekt beschlossen worden. Der erste Wettbewerb fand 1994, der zweite 1997 statt. Obwohl man Peter Eisenman's riesigem »Field of Memory« im Blick auf die schwierige Produktion der Betonstelen und auf den weichen Untergrund des Bauareals große Probleme prophezeit hatte, steht der Einweihung im Mai 2005 nichts mehr entgegen.

Die Realisierung von Zumthor's lang gestrecktem Gebäude aus Betonpfeilern und Glas hingegen scheiterte nach fast einem Jahrzehnt an unüberwindlichen bautechnischen Problemen. Dabei ist das geplante Dokumentationszentrum, das am historischen Ort der Zentralen von Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt über die Strukturen des nationalsozialistischen Terrorapparates aufklären soll, als zentraler, unverzichtbarer Teil der Berliner und der deutschen Erinnerungslandschaft konzipiert. 1995 hatten die Baumaßnahmen mit der symbolischen Enthüllung des Bauschildes begonnen. Seitdem die kleine, ursprünglich nur für einen Sommer errichtete Ausstellungshalle von 1987 den Vorbereitungen für den Neubau weichen musste, wird die historische Dokumentation als Open-Air-Ausstellung in den Kellerausgrabungen entlang der Niederkirchnerstraße gezeigt, während die Mitarbeiter der Stiftung, Bibliothek und Archiv in angemieteten Räumen untergebracht sind. Seit 1999 liegt die Baustelle brach. Drei riesige, aus einer Fundamentplatte ragende Betontürme dominieren das Gelände.

Die Entscheidung vom Mai 2004, sich von Zumthor zu verabschieden, nach einem neuen Entwurf zu suchen und die Verantwortung für die zukünftige Bauplanung dem Bund zu übertragen, wurde nach den Jahren der Lähmung von den meisten als Befreiungsschlag empfunden. Vor allem von Architekten kam allerdings auch viel Unverständnis und Protest gegen die vermeintliche Brückierung ihres weltprominenten Kol-

legen zum Ausdruck. Daneben wurde auch die Sorge laut, mit dem nun beschworenen »Neuanfang« könnte ein Neubau grundsätzlich in Frage gestellt und die Arbeit der Stiftung insgesamt gefährdet sein. Die Erklärungen der Planungsverantwortlichen weisen jedoch nach vorn. Die Arbeit an einer Neuausschreibung hat bereits begonnen.

In meinem Beitrag setze ich mich nochmals mit dem Entwurf von Peter Zumthor und mit den Ursachen für sein Scheitern auseinander, gebe einen Rückblick auf die Entwicklungen der letzten Monate und skizziere die anstehenden Planungen und Fragen.

Der Bauwettbewerb von 1993 und sein Ergebnis

Die Prämissen des damaligen Wettbewerbs wurzelten in der Konzeption der Fachkommission für das Gestapo-Gelände, die 1990 nach einem breiten Dialog und Abstimmungsprozess von Öffentlichkeit, Experten und Politik zustande gekommen war. Wichtig waren zum einen Grundsätze zum zukünftigen Charakter des Geländes, vor allem Bewahrung der Gebäudereste und Nachkriegsspuren und Behutsamkeit bei den anstehenden Planungen. Zum anderen wurden damals bereits jene Funktions- und Nutzungsanforderungen formuliert, die Grundlage der Bauaufgabe werden sollten: eine neue Dauerausstellung, die in ihrer Dimension der bisherigen von 1987 entsprechen und wie diese die historischen Kellerräume und Zellenreste einbeziehen sollte; außerdem ein das Ausstellungsgebäude ergänzendes, aber von ihm räumlich getrenntes Besucherzentrum mit Bibliothek, Mediothek und einer Dokumentationsstelle auf EDV-Basis, mit Veranstaltungsräumen, Platz für Wechselausstellungen und Eigenaktivitäten der Besucher sowie Räumen für die Mitarbeiter und für die Besucherbetreuung.

Dies war auch die Grundlage für Standortbestimmung und Raumprogramm der damaligen Wettbewerbsausschreibung. »Bauplanungen stehen unter sehr restriktiven Bedingungen«, so die Konzeption für das »Prinz-Albrecht-Gelände. »Alles Aufdringliche, den Gesamteindruck Verändernde muss vermieden werden.« Dezentralität war daher eine wesentliche Leitidee des Bauwettbewerbs, auch, um Schwellenangst der Besucher gar nicht erst aufkommen zu lassen. Man beschloss, die anstehenden Aufgaben auf verschiedene Baulichkeiten zu verteilen. Der Standort des explizit klein vorgesehenen Ausstellungshauses war durch die gewünschte Verklammerung mit den vorhandenen Kellerresten auf der Mitte des Geländes festgelegt. Das Dokumentationszentrum hingegen sollte bewusst am Rand des Geländes angesiedelt werden. Hinzu kam damals noch, als drittes Gebäude, eine »Internationale Begegnungsstätte«, die im Bauwettbewerb zwar mit entworfen, aber erst später realisiert werden sollte; von ihr war später nie mehr die Rede.

Durch das dezentrale Konzept dreier funktional miteinander verbundener kleinerer Baukörper, die den Kernbereich des Geländes möglichst wenig beeinträchtigen sollten, versuchte man, das Verhältnis zwischen Neubauten und Umgebung offen zu definieren, mit Blickbezügen und fließenden Übergängen zwischen Innen und Außen. Damit sollte sichergestellt werden, dass das Gelände selbst mit seinen historischen Spuren die Hauptrolle spielt.

Zugleich wurden im Vorfeld des Wettbewerbs gemeinsam mit der Stiftung Kernbereiche definiert von »nicht zu bebauenden Flächen«, also Flächen, die als Standort für die Neubauten nicht in Frage kommen sollten: die Bereiche der historischen Ausgrabungen entlang der Niederkirchner und der Wilhelmstraße, das Robinienwäldchen mit dem geschützten Baumbestand, aber auch der mittlere Bereich des Geländes mit seinen Schutthügeln.



Das Raumprogramm mit einer Hauptnutzfläche von rund 3 500 qm (ohne Begegnungszentrum) und die Standortvorgaben waren damals in vertrauensvoller Zusammenarbeit von Stiftung als Nutzer, Berliner Senats-Kulturverwaltung als Bauherr in Vertretung des Nutzers und Senats-Bauverwaltung als Auslober im Auftrag des Bauherrn zustande gekommen. Am Verlauf des damaligen Wettbewerbs ist allerdings wie an einem negativen Lehrbeispiel erkennbar, wie eine mit den Nutzern erarbeitete und breit abgestimmte Ausschreibung aus politischen Gründen in eine andere Richtung gelenkt wurde.

Die Stiftung forderte damals, gerade auch nach den Erfahrungen des offenen künstlerischen Wettbewerbs von 1983, anstelle eines aufwendigen und vordergründig symbolhaften Gestaltungsvorhabens einen zurückhaltenden, dezentral angelegten Entwurf, der den historischen Ort nicht überformen würde. Der Senats-Bauverwaltung hingegen erschienen im Blick auf die »Hauptstandplanungen« in der Zeit nach dem Mauerfall die dezentralen Stiftungs-Vorstellungen für dieses wertvolle innerstädtische Gelände wenig eindrucksvoll. Dies machten ihre Vertreter während des Wettbewerbs den Teilnehmern gegenüber klar und revidierten damit die ursprünglichen, im Konsens beschlossenen Wettbewerbsprämissen. Die Verbindlichkeit der Flächenrestriktionen wurde aufgehoben; stattdessen sollten sich die Teilnehmer mit den »dominanten Großbauten« ringsum auseinandersetzen, die, wie es in der Ausschreibung hieß, eine »deutlich artikulierte Architektursprache« erforderlich machten. Gesucht war nun eine ausdrucksstarke Lösung, die sich in Größe und architektonischem Profil mit den Bauten der Umgebung messen sollte.

Mit diesen eindeutigen Signalen waren die Weichen für eine großmaßstäbliche, städtebaulich markante Bebauung gestellt. Die Juryentscheidung für Peter Zumthors Entwurf ist auf diesem Hintergrund zu sehen. Entgegen den Zielen der Auslobung wurde der Entwurf ausgewählt, der von allen Wettbewerbsbeiträgen am stärksten dem von der

Das »Prinz-Albrecht-Gelände« im Winter 1985/86

Foto: Rainer Höynck

Topographie des Terrors entwickelten Profil des zurückhaltenden, offenen Lernortes widersprach. Stattdessen: ein kompakter, groß dimensionierter, zentral positionierter Baukörper, der die dezentral angelegten Funktionen in einem zentralen, lang gestreckten, zwanzig Meter hohen Gebäude zusammenfasste. Dessen Volumen wurde überdies noch durch das »Haus-im-Haus-Prinzip«, durch die raumgreifende, mit Klimaschutz-Aspekten begründete, aber tatsächlich aus dem ästhetischen Konzept resultierende Pufferzone zwischen innerer und äußerer Beton-Glas-Hülle übermäßig stark vergrößert, weit über das Raumprogramm hinaus.

Die Stiftung Topographie des Terrors hatte sich wesentliche Vorgaben und Ziele von der auslobenden Behörde aufweichen und beiseite schieben lassen. Sie hatte dem zugestimmt, um Zeitverzögerungen und politische Komplikationen zu vermeiden, aber auch in der Hoffnung, als Nutzer im Preisgericht nicht überstimmt zu werden. Die Jury entschied jedoch gegen das Votum der Nutzer.

Die Bedenken einzelner Juroren gegen die »Dominanz des Baukörper« sollten, wie aus der Schlussempfehlung des Preisgerichts deutlich wird, ausgerechnet durch eine »Reduzierung des Raumprogramms« ausgeräumt werden; bemerkenswert ist, dass bereits hier das Nutzungskonzept zur Disposition gestellt wurde, während die Pufferzone als sankrosankter Teil des Entwurfes von solchen Empfehlungen verschont blieb. Den Nutzern blieb die Hoffnung auf einen offenen, kooperativen Prozess der Zusammenarbeit mit Zumthor. Seine bisherigen Gebäude hatten doch gezeigt, dass er im kleinen Maßstab und in Holz einfühlsam mit Situationen umgehen konnte. Auch die Jury hatte abschließend gefordert, die Vorstellungen der Nutzer sollten im weiteren Prozess »berücksichtigt werden«.

Zumthors Entwurf und seine Probleme

Zumthors Entwurf fasste das Besucherzentrum und die Funktionen der bisherigen Ausstellungshalle in einem gemeinsamen, kompakten Gebäude zusammen, ursprünglich 150 Meter, später 125 Meter lang, 17 Meter breit und 20 Meter hoch, mit einer unterirdischen und drei überirdischen Ebenen. Der lang gestreckte Bau sollte sich wie ein Riegel vom Vorplatz des Gropiusbaus zwischen zwei Schutthügeln hindurch schräg in das Gestapo-Gelände hinein schieben und die Ausgrabungen des Kantinentraktes der ehemaligen Gestapo-Zentrale überbauen; die Ausgrabungen der Gefängniszellen sollten durch einen gesonderten, freistehenden Kubus eingehaust werden.

Der Baukörper sollte durch den vollkommen gleichmäßigen Rhythmus aus eng stehenden Sichtbeton-Stäben geprägt sein, jeweils im Abstand von 26 Zentimetern, mit dazwischen liegender, ebenso breiter Verglasung aus Lamellen. Von innen sollte also immer ein Blick auf das Gelände möglich sein, allerdings nicht, wie im provisorischen Pavillon, auf das gesamte städtische Umfeld und die Ausgrabungen, sondern absichtsvoll ausschnittshaft. Das genau ausbalancierte Fassadenverhältnis von Beton und Glas, von Geschlossenheit und Offenheit im Verhältnis 1:1 sei, so Zumthor, dem eines japanischen Bauwerks vergleichbar. Blickte man von außen auf das Gebäude, so ließe die gebäudehoch durchgehende Struktur aus Betonrippen und Glaslamellen die dahinter liegende Geschossgliederung kaum erkennen. Die Homogenität der kubischen Hülle sollte nur durch die Zugänge und durch die daneben liegende Einhausung der Zellenausgrabungen unterbrochen werden; es gab auch keine besonders betonte Sockel- oder Dachzone, keine tektonischen Differenzierungen.



In das Gatter der vertikalen Betonstäbe sollten die horizontalen Deckenträger eingespannt, aneinander gepresst und geklebt werden, zusammengefügt also nach dem Prinzip der Addition. Diese Stützen-/Zangen-Konstruktion bildet ein aus dem reinen Holzbau abgeleitetes Stabwerk nach. Zumthor selbst sprach von »Betonbalken«, als handle es sich um Holz. Sein Ideal war der »Holzstadl«, später zum Beispiel umgesetzt in dem gatterartigen Holzbalken-Gefüge seines hoch gelobten Schweizer Pavillons auf der Expo 2000. Aus der Übertragung dieses konstruktiven Prinzips auf den geplanten Betonbau resultierten die wesentlichen bautechnischen Probleme, die zum Scheitern führten.

In die äußere Hülle sollte eine zweite, innere Hülle hineingestellt werden, ein »Haus im Haus«, ebenfalls mit einer Struktur aus Betonrippen und Glas. Zwischen den beiden Hüllen war eine groß dimensionierte unbeheizte Zone geplant, die bereits erwähnte Pufferzone für Frischluftzufuhr und Binnenklima, durch die auch die Haupteinschließung über Treppen- und Fahrstuhltürme verlaufen sollte – dies sind die Türme, die seit Jahren auf dem Gelände stehen. Das Untergeschoss sollte die Ausgrabungen mit einer Dauerausstellung über das Gestapo-Hausgefängnis beherbergen. Auf der Eingangsebene: ein schmaler, lang gestreckter (80 x 10 Meter), hoher Ausstellungsraum für Dauerausstellung und Wechselausstellungen. Im ersten Obergeschoss: der zweigeschossige Veranstaltungssaal sowie Bibliothek, Mediothek und Seminarräume; im zweiten OG die Arbeitsräume für die Mitarbeiter der Stiftung.

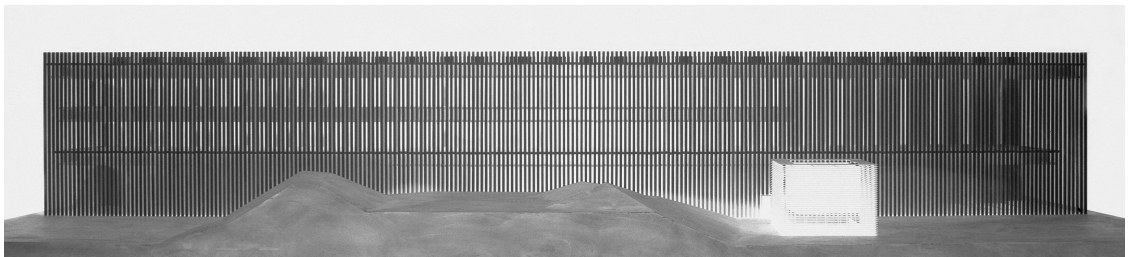
Die politische Entscheidung im Mai 2004, sich nach elfjährigem Hin und Her von dem Zumthor-Entwurf zu trennen, wurde mit einem geschätzten Fehlbedarf von mindestens fünf Millionen Euro begründet. Tatsächlich war die Problemlage viel komplizierter. Erstens die ungelösten bautechnischen Probleme, die an den Kostensteigerungen, den Firmenkonkursen und der Unkalkulierbarkeit jeder zukünftigen Kostenplanung für diesen Entwurf schuld waren. Zweitens die mangelnde Eignung für die Nutzung und

Das »Prinz-Albrecht-Gelände« um 1990, Blick aus dem Martin-Gropius-Bau
Foto: Stefanie Endlich

Blick vom Martin-
Gropius-Bau
auf das »Prinz-
Albrecht-Gelände«
Foto: Topographie des
Terrors/Hans D. Beyer



Modell des
Zumthor-Baus
Foto: Topographie
des Terrors



die Weigerung Zumthors, auf die Vorstellungen der Stiftung Rücksicht zu nehmen. Beide Problemebenen wurzeln in einem rigiden ästhetischen Konzept einer gewissermaßen entmaterialisierten, angeblich »abstrakten« Architektur, wie sie für Minimalismus in der Baukunst charakteristisch ist. »Unglaublich schön«, so Zumthor, sollte der Neubau werden. Die elementare, reine Form und ihre perfekte Materialität waren ihm ebenso heilig wie das gebrochene Weiß des Sichtbetons und der lose Kiesboden der Ausstellungshalle, der den Klang der Schritte weitergeben sollte (Rollstuhlfahrer wären ausgeschlossen).

Die Grundidee, den Betonbau in konstruktiver Hinsicht wie einen Holzbau zu behandeln, hatte einen experimentellen Charakter zur Folge, jenseits aller Normen und jenseits aller üblichen Herstellungsweisen. Er war abhängig von einer Vielzahl von Sondergenehmigungen und technischen Innovationen. Die Grundidee der sich selbst tragenden und stabilisierenden Stabwerkskonstruktion wollte Zumthor unter keinen Umständen aufgeben. Wenn, wie von Pragmatikern vorgeschlagen, das Stabwerk sich an die Betontürme anlehnen und diese zur Lastabtragung mit nutzen würde, ginge, sagt Zumthor, seine Plausibilität und damit die Glaubwürdigkeit des Gebäudes insgesamt verloren.

In zentralen Punkten waren auch erfahrene, auf Betonguss spezialisierte Firmen nicht imstande, die Durchführung technisch und kostengerecht zu bewältigen. An der



hochkomplizierten Frage der Verbindung von Betonstäben und Betonplatten (kleben? oder doch dübeln?) tüftelten Architekten, Firmen und Tragwerksexperten jahrelang. Den anfangs errechneten Zeitraum von drei Jahren (!) für die notwendige Klebe- und Aushärtungszeit versuchte man experimentell zu reduzieren, doch auch die Dübel-Alternative wies bei der Schmalheit der Betonstäbe ungeahnte Risiken auf. Wesentliche Fragen der Haltbarkeit des Gebäudes, der Statik der Dachkonstruktion, des Regenschutzes und der späteren Reparaturfähigkeit des Glases konnten ebenfalls in all den Jahren nicht geklärt werden. Die von dem Zumthorschen Entwurf erforderte Maßgenauigkeit der Betonstäbe erwies sich als beispiellos schwierig. Auch die Herstellung des gewünschten weißen Zements für die Betonstäbe war kompliziert und zeitaufwendig. Ungelöst blieb auch das Problem, dass das Streifenlicht, das durch die hohen, schmalen Glaslamellen in die Ausstellungshalle fallen würde, für Tafeln und Exponate extrem ungünstig ist, was durch Kunstlicht nur schwer oder gar nicht kompensiert werden kann. Und nur am Rande sei vermerkt, dass das von Zumthor vorgesehene experimentelle ökologisch-biologische Klimakonzept, das doch ursächlich formgebend für den »Haus-im-Haus«-Entwurf mit seiner extremen Pufferzone war, nicht realisiert werden konnte und längst durch ein konventionelles ersetzt worden war.

So entstanden immer neue Machbarkeitsstudien, Vereinfachungsstudien, Kostenschätzungen. Die veranschlagten Baukosten von 36 Millionen D-Mark erhöhten sich auf weit mehr als das Doppelte. Schließlich legten Land Berlin und Bund ein Limit von 38,9 Millionen Euro fest, das keinesfalls überschritten werden dürfte. Die für die Durchführung verantwortliche Senatsbauverwaltung wollte die Probleme zunächst nicht wahrhaben, verdrängte und verschleppte sie jahrelang und brachte das Projekt schließlich mit einer Mischung aus Inkompetenz und Schönfärberei bis an den Rand des Scheiterns. Im Jahr 2002 ging die Firma in Konkurs, die mit der Stabwerks-Produktion

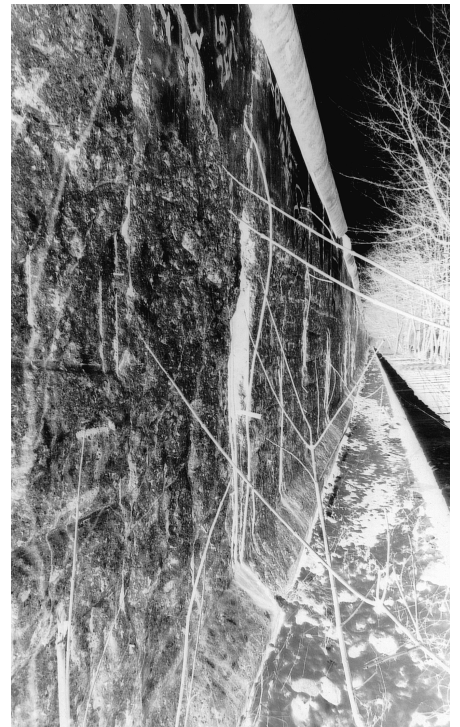


Open-Air Ausstellung
2002

Überreste der Berliner Mauer
am »Prinz-Albrecht-Gelände«
Beide Fotos: Stiftung Topographie
des Terrors/Thomas Ernst



Ausstellung am Bauzaun des »Prinz-Albrecht-Geländes«: »Der Volksgerichtshof – Hitlers politisches Tribunal« (Stiftung Topographie des Terrors/Dr. Claudia Steur), Sommer 2004
Foto: Topographie des Terrors/Hans D. Beyer





Open-Air Ausstellung 2002
Fotos: Stefanie Endlich

beauftragt war. Sie hatte schließlich allein für die Montage der Betonstäbe vier Jahre veranschlagt. Die nach einer neuen europaweiten Ausschreibung gefundene Firma ging im Herbst 2003 ebenfalls in Insolvenz; sie war die einzige gewesen, die überhaupt versucht hatte, die Vorgaben einzuhalten. Eine erneute, dritte Ausschreibung erbrachte gar kein Ergebnis. Erst jetzt erklärte sich Zumthor bereit, die Stabwerks- und Dachkonstruktion zu vereinfachen und die Anzahl der hochproblematischen Knotenverbindungen um zwei Drittel, von 18 000 auf 6 000, zu reduzieren – wobei die Frage, warum dieses Zugeständnis erst so spät kam, wohl nur mit seiner Sorge erklärt werden kann, den Auftrag zu verlieren. Ein Großteil der Stäbe war jedoch bereits in den alten Abmessungen gegossen, während das neue Konzept eine Fülle weiterer Unwägbarkeiten und Prüfverfahren mit sich brachte.

Dass die bautechnischen Probleme dieses Entwurfs überhaupt zu lösen wären, bezweifeln auch viele, die den Entwurf ursprünglich befürwortet hatten. Dabei wurde deutlich, dass das Ziel einer stimmigen minimalistischen Ästhetik einen unverhältnismäßigen, ja enormen technischen Aufwand erforderlich machte. Auch die erhoffte Zusammenarbeit kam nicht einmal in Ansätzen zustande. Architekt und Bauverwaltung behandelten die Stiftung eher wie Bittsteller. Zumthor gab von Anfang an öffentliche Erklärungen ab, Museumspädagogik sei hier fehl am Platze, die Stiftung schade mit ihrer Arbeit dem historischen Ort, sie »zerstöre« ihn eigentlich »mit ihrer Didaktisierung«. Es erforderte jahrelange Auseinandersetzungen, bis die Stiftung einige Änderungen durchsetzen und einige von Zumthors strengen Setzungen abmildern konnte, die ihre Arbeit unnötig erschwert hätten. Im Gegenzug zu diesen hart umkämpften Zugeständnissen mussten die Nutzer mehrfach Streichungen an ihrem Raumprogramm in Kauf nehmen, um trotz der gestiegenen Kosten die Realisierung nicht zu gefährden.

Zumthor erklärte mehrfach öffentlich, allein der Architekt wisse, was für die Nutzer am besten sei, und nur bei ihm als »Regisseur« und als »Dirigent« liege die »Zuständigkeit für alle Planungen«, worin er auch noch von der Bauverwaltung unterstützt wurde. Ein solches Architekten-Selbstverständnis schien eigentlich seit Jahrzehnten überwunden. Plötzlich sollte es gerade an jenem Ort wirksam werden, der nach seiner furchtbaren Rolle in der NS-Zeit nun der Aufklärung und der Demokratie gewidmet ist und dessen Profil zuvor in breiter diskursiver Auseinandersetzung entwickelt worden war.

Schlussstrich und Neuanfang

Entgegen den Vorstellungen der Stiftung, die sich für diesen historischen Ort gerade kein präventives Kunstwerk erhofft hatte, sondern ein zurückhaltendes Funktionsgebäude, wäre nun doch fast ein »Monument« entstanden, ein »Denkmal«, ein »Mahnmal«, wie der Architekt sein Projekt selbst bezeichnet hat. Die Entscheidung zum Neuanfang kam spät und stützte sich auf die – negativ ausgefallene – Prüfung der letzten Kosten- und Machbarkeitsstudie durch den an der Stiftung beteiligten Bund. 13 Millionen Euro sind verloren, weitere zweieinhalb werden in den Abriss der Betontürme und die Herrichtung des seit 1995 gesperrten, von Bauschuttbergen überformten historischen Geländes fließen. Dennoch überwiegt die Erleichterung, vor allem bei den Betroffenen und bei der für die »Topographie« engagierten Öffentlichkeit. Sie sehen darin die Chance für eine inhaltliche Rückbesinnung und konzeptionelle Neuorientierung.

In den Monaten zuvor hatten sich die Konflikte zugespitzt, so dass der politische Entschluss, sich nun endlich von Zumthor zu trennen, nicht unerwartet kam. Schon

zuvor hatten Stiftungsbeirat und Arbeitsausschuss mehrmals Proteste und Ultimaten an die Öffentlichkeit gegeben, sich allerdings immer wieder durch beschwichtigende Sachzwang-Hinweise und neue Terminzusagen von Konsequenzen abhalten lassen. Den entscheidenden Anstoß zur Neuorientierung gab offensichtlich Reinhard Rürup mit seinem Rücktritt vom Amt des Wissenschaftlichen Direktors der Stiftung am 24. März. Als Hauptgrund nannte er »die nach wie vor ungeklärte Baufrage«, wobei er auf wiederholte Falschinformationen durch die Berliner Bauverwaltung hinwies; außerdem hatte der Bund auch noch ohne Anhörung der Stiftung bereits zugesagte Sondermittel gestrichen, die für die geplante Ausstellung zum Gestapo-Hausgefängnis vorgesehen waren, und dies mit der fortwährenden Bauverzögerung begründet. Mit seinem Rücktritt verband Rürup die Hoffnung, die Planungsverantwortlichen zum Umdenken zu bewegen.

In den folgenden Wochen mehrten sich auch in der Öffentlichkeit die kritischen Stimmen zum Zumthor-Entwurf. Der Pressespiegel vom Mai bis zum Juli füllt Ordner. Meine Antrittsvorlesung am 26. April an der Universität der Künste Berlin, in der ich mich mit dem ästhetischen Konzept des geplanten Neubaus auseinandersetzte, fand vor vollem Saal und mit erfreulicher Presseresonanz statt. Am 7./8. Mai hielt der Verein Aktives Museum eine Mahnwache auf dem »Topographie«-Gelände mit Führungen, Diskussionen, Filmprogramm und Unterschriftensammlung (siehe Mitgliederrundbrief Nr. 51 mit der Chronologie der letzten Monate). Es folgten Protesterklärungen des Arbeitsausschusses und des Internationalen Beirats.

Am 24. Mai schließlich gaben die Staatsministerin für Kultur und Medien, Weiss, die neue Berliner Stadtentwicklungssenatorin Junge-Reyer, und Kultursenator Flierl bekannt, dass Zumthors Entwurf nicht weiter verfolgt werden soll. Sie kündigten einen neuen Bauwettbewerb noch für 2004 an, den Baubeginn für 2006, die Fertigstellung für 2008. »Dieser historische Ort der Täter verdient eine würdige Form der Dokumentation und Information. Wir können es uns gerade hier nicht leisten, über Diskussionen und Rudimente nicht hinauszukommen. Die Topographie gehört in die Trias zwischen Jüdischem Museum und Holocaust-Mahnmal...«.

Beschlossen ist nun, dass die weitere Planungsverantwortung nicht mehr beim Land Berlin liegen wird, sondern beim Bund. Von dort aus soll der neue Wettbewerb vorbereitet werden. Es geht jedoch um viel mehr als um eine Verlagerung der Planungszuständigkeit. Notwendig ist, aus den Erfahrungen zu lernen. Voraussetzung hierfür ist, dass die Fachkompetenz der Stiftung in Zukunft ernst genommen wird. Die neue Ausschreibung und alle Planungsschritte sollten in Kooperation mit der Stiftung entwickelt werden, nicht hinter ihrem Rücken oder gegen sie.

Eine umfassende Standortbestimmung mit kritischem Rückblick und guten Vorsätzen für die Weiterarbeit wurde auf einem Symposium im Martin-Gropius-Bau am 9. Juli unternommen, moderiert von Peter Steinbach, dem Vorsitzenden des Stiftungsbeirats. Erfreulich war das große Interesse der Öffentlichkeit und der Initiativen und Verbände – gezählt wurden fast 200 Teilnehmer – sowie die Präsenz politischer Entscheidungsträger und deren erklärte Unterstützung, in Zukunft »nicht gegen den Willen der Stiftung zu bauen« (so Knut Nevermann, Stellvertreter der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien). Beruhigend auch Bekenntnisse zu einem »Bauwerk, das das Gelände zum Sprechen bringt, es aber nicht übertönt« (Barbara Kisseler, Berliner Staatssekretärin für Kultur) und zu einer »hochrangigen und erstklassigen«, aber doch »dienenden Architektur« (Stadtentwicklungs-Senatorin Ingeborg Junge-Reyer).

Dennoch sind wichtige Fragen zum weiteren Vorgehen noch nicht entschieden. Da geht es zum einen um die Art des Verfahrens. Der Bedeutung der Aufgabe angemessen und durch die jetzt noch verfügbare Bausumme von 23 Millionen Euro nach EU-Vergaberecht eigentlich auch vorgeschrieben wäre ein europaweit ausgeschriebener, zweistufiger Bauwettbewerb. Nach dem mehr als zwanzigjährigem schwierigen Vorlauf – auch das Ergebnis des ersten, offenen Gestaltungswettbewerbs 1983/84 war ja (glücklicherweise, wie sich im Rückblick zeigt) nicht realisiert worden – müsste es jedoch möglich sein, hier eine Ausnahme von den Regularien zu machen und einen eingeladenen Wettbewerb auszuloben, um nicht weitere Monate oder Jahre und hohe Verfahrenskosten zu verlieren, vielleicht sogar ein Kooperatives Verfahren, für das gezielt solche Architekten eingeladen werden, die in ihrer bisherigen Arbeit gezeigt haben, dass sie den Nutzer respektieren und bereit sind, auf dessen Erfahrungen und Vorgaben aufzubauen. Natürlich geht es nicht um einen anspruchslosen Bau, sondern um Architektur von hoher Qualität. Diese sollte sich jedoch nicht durch die internationale Prominenz des Architekten und dessen baukünstlerische Eigenwilligkeit definieren, sondern durch Sensibilität gegenüber der Bauaufgabe und gegenüber dem historischen Ort.

Zur Wettbewerbsfrage gab es auf dem Symposium unterschiedliche Meinungen. Während vor allem die Stiftungsvertreter für ein möglichst zügiges Verfahren plädierten, unterstrichen die Vertreter der Architektenschaft, insbesondere des Bundes Deutscher Architekten, dass ein breit angelegter, europaweiter neuer Wettbewerb die Qualität nur verbessern könne; auch die öffentliche Diskussion, so Peter Conradi, Präsident der Bundesarchitektenkammer, sei keine vertane Zeit, sondern wichtiger Teil des Erinnerungsprozesses.

Die zweite Frage betrifft die Rolle der Stiftung im zukünftigen Planungsprozess. Sie sollte an der Bauherrenschaft beteiligt werden, wie auch immer das rechtlich und finanztechnisch geregelt wird. Doch wie könnte sie in die Lage versetzt werden, eine wenn auch fürsorglich gemeinte Entmündigung abzuwehren und die baufachlichen und bauorganisatorischen Fragen aus eigener Kraft zu bewältigen?

Andere Probleme sind einfacher zu lösen. In Windeseile muss ein neues Raumprogramm erarbeitet werden. Es kann sich auf das von 1993 stützen, muss aber alle späteren Entwicklungen und Erkenntnisse einbeziehen. Auch die alte, dezentrale Standortfestlegung kann nicht einfach übernommen werden. Durch die Baumaßnahmen für das Zumthor-Projekt wurde das historische Gelände stark verändert. Die jetzigen Schuttberge bestehen nicht mehr nur aus den Abrisstrümmern der früheren Jahrzehnte, sondern zu großen Teilen aus Aushub für Zumthors Fundamentierungen, der zusammen mit dem Schutt der früheren Jahrzehnte an andere Stellen versetzt wurde. Eine »Rekonstruktion« jener Hügel, die die Verdrängung der Nachkriegszeit verkörpern, wäre also weder sinnvoll noch glaubwürdig. Notwendig ist ein neues Standort-Konzept, das mit einem neuen Konzept für die Freiflächengestaltung und dem längst in der »Topographie« entwickelten zukünftigen kommentierten Rundweg für die Besucher eng verzahnt wird.

Die Stiftung wird im Herbst neue angemietete Räume gegenüber des Martin-Gropius-Baus beziehen. Noch steht der Bauzaun auf dem Gelände, bis Ende September mit der von Claudia Steur erarbeiteten Ausstellung zum »Volksgerichtshof«. Bis Jahresende soll das Areal der Stiftung zurückgegeben werden – für eine zunächst temporäre Nutzung, bis zum nächsten Baubeginn.

Prof. Dr. Stefanie
Endlich ist freiberufliche
Kunstpüblistin in
Berlin, Mitglied des
Arbeitsausschusses der
Stiftung Topographie
des Terrors und
stellvertretendes
Mitglied des Stiftungs-
rates. Sie war Mitglied
der Fachkommission
zur Erarbeitung von
Vorschlägen für die
zukünftige Nutzung
des »Prinz-Albrecht-
Geländes« 1989/90
und Jurymitglied beim
Bauwettbewerb 1993